

INTEGRATIONSBUREAU  
des EPD und EVD

---

776.203 - B/rs

Besuch Duchâteau: Aussprache mit dem Vorsteher  
des EPD, 12.9.78, 15.15

---

Teilnehmer: - Aubert (Vorsitz), Caillat, Hegner, Blankart  
- Duchâteau, Comba

Den Aeusserungen Duchâteaus war folgendes zu entnehmen:

Der Römer Vertrag ist seinem politischen Wesen nach ein Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. In historischen Kategorien beurteilt, ist zu hoffen, dass er mittelbar und später unmittelbar auch zu einem Friedensvertrag zwischen Griechenland und der Türkei wird. Für die drei künftigen Mitgliedstaaten stellt der Beitritt zugleich die Verankerung der Abkehr vom Faschismus dar. Die Erweiterung ist für die Gemeinschaft damit eine politische Notwendigkeit, der sie sich nicht entziehen kann. Allein, das Gewicht einer Zwölfer-EG wird eine qualitative Veränderung ihrer Beziehungen zu den verbleibenden EFTA-Staaten zur Folge haben, Veränderung, deren Bedeutung und Umfang (impact) bisher noch kaum erkannt und untersucht worden ist. Dies obwohl und weil eine erweiterte Gemeinschaft ganz erhebliche Probleme zu überwinden haben wird. Hauptproblem ist die wirtschaftliche Disparität unter den Mitgliedstaaten. Es gilt hier, zu einem Kapital- und Kredittransfer Hand zu bieten, und dies auf budget-, währungs-, regional-, industrie- und agrarpolitischem Gebiet. Wären die EFTA-Staaten bereit, sich an dieser Operation zu beteiligen? Wenn sich die Schweiz in der einen oder andern Weise an diesem Transfer beteiligte, z.B. durch Aeufnung der Währungs-"Tirelire", könnte ihr die Gemeinschaft helfen, den Schweizerfranken auf ein angemessenes Niveau zu senken (!).

Der "coût de l'élargissement" ist um so bedeutsamer, als die Gemeinschaft nicht den drei neuen Mitgliedstaaten zu Hilfe kommen kann, ohne für Südfrankreich und Süditalien ein Entsprechendes zu tun. Dazu kommen die finanziellen "Annex-Probleme" Türkei und Jugoslawien sowie, in geringerem Masse, Malta und Zypern.

Die Erweiterung wird unserem Wirtschaftsraum eine neue Gliederung geben; der Regionalismus wird sich akzentuieren. Nicht nur wird die Gemeinschaft in einen nördlichen und einen südlichen "Block" aufgeteilt, sondern es werden sich innerhalb der Zwölf auf Grund wirtschaftlicher Affinitäten regionale Einheiten bilden, deren Gewicht nicht zu unterschätzen ist: Rhone-Alpen, Bayern-Süddeutschland, Mailand-Turin, etc. Diese wenigen Beispiele zeigen, dass die Schweiz von der regionalen industriellen Entwicklung der Gemeinschaft unmittelbar betroffen, quasi miteinbezogen wird. Letzteres um so mehr, wenn man deren Bedeutung in Bezug auf die Verkehrsverbindungen in Betracht zieht. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik ist somit ein Problem, das im Verhältnis EG/CH immer wichtiger wird.

Die Handelsbeziehungen CH/EG wickeln sich im Rahmen der FHA in befriedigender Weise ab. Allein, auch hier wird die Erweiterung eine qualitative Veränderung der bilateralen Beziehungen bringen (!). Ein erstes Beispiel werden die Verhandlungen CH/EG betreffend Griechenland darstellen, Verhandlungen, die mit Blick auf den spanischen Beitritt geführt werden müssen. Wenn wir die sibyllinischen Äusserungen Duchâteaus richtig verstanden haben, ist er der Ansicht, dass eine Beteiligung der EFTA-Staaten am "coût de l'élargissement" darin bestehen könnte, dass sie als Gegenleistung zu den von den Neun auf dem Gebiet der gemeinsamen Politiken erbrachten Leistungen eine zeitweise handelspolitische Diskriminierung gegenüber den EG-Staaten auf dem griechischen Markt in Kauf nehmen und sich zudem bereiterklären, durch eine Erweiterung der dem FHA beigefügten Briefwechsel einen Teil der griechischen Agrarexporte zu absorbieren, dies mit Blick auf den Akt Nr. 2: Spanien. 7

"L'élargissement est une telle contrainte que la Suisse se rapprochera nécessairement encore plus de la Communauté. Les relations seront en même temps plus souples et plus contraignantes." Zwar wird die Neutralität nicht in Frage gestellt; doch ist die wirtschaftliche Verbindung derart eng, dass in einer Krisensituation Notwendigkeiten Platz greifen, die eine Konsolidierung und Vertiefung des Nahverhältnisses offensichtlich werden lassen...

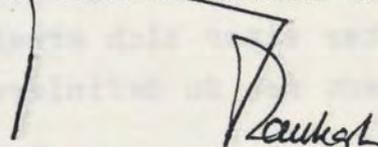
Die Gemeinschaft ist damit beschäftigt, ihre Stellung in internationalen Organisationen zu festigen, dies in allmählicher Substituierung ihrer Mitgliedstaaten nach Massgabe ihrer Aussenkompetenzen. Der erste Schritt hierzu ist die Konzertierung, die heute schon gute Fortschritte gemacht hat. Es gilt dies auch für den Europarat. Insofern besteht keine Konkurrenzsituation zwischen den beiden Institutionen. Im übrigen obliegt es dem Europarat, seine Aufgaben gegenüber einer sich erweiternden Gemeinschaft mit direkt gewähltem Parlament neu zu definieren...

Was die Direktwahl des Europäischen Parlaments betrifft, so sind drei Problembereiche zu unterscheiden. Zunächst die Wahlkampagne: Welche Themen sind publikumswirksam, die Währungszusammenarbeit, die Arbeitslosigkeit, die Erweiterung? Der PCF und die Gaullisten sind gegen die Erweiterung und für einen Gemeinschaftsprotektionismus eingestellt. Die Direktwahl erfolgt im ungünstigsten Zeitpunkt, da die Gemeinschaft 6 mio Arbeitslose zählt. Es wird somit viel von den "integrationstreuen" Parteien abhängen, nämlich von ihrer Befähigung, die Gemeinschaft als Mittel darzustellen, aus der wirtschaftlichen Krise herauszukommen.

Zweitens die Befugnisse: Diese sind heute noch gering. Doch kann man nicht vollamtliche Parlamentarier, bestehend aus Politikern der ersten Garnitur, ernennen, ohne ihnen Kompetenzen zu verleihen. Es ist anzunehmen, dass bis zum Beitritt Spaniens und Portugals (1983) das Parlament über die vollständige Kontrolle der Fonds und des Budgets sowie über wesentliche Befugnisse im Sozial- und Umweltschutzbereich verfügen wird.

Und schliesslich das Phänomen der europäischen Parteien: Am besten sind die Sozialisten organisiert, während die Liberalen und Christlichdemokraten mehr Schwierigkeiten haben, sich auf europäischer Ebene zu finden. Grosso modo wird das Parlament durch vier Gruppen bestimmt werden: Sozialisten, Liberale/Zentristen, Christlichdemokraten und Affilierte, Kommunisten. Letztere, obwohl gegen die Direktwahl eingestellt, werden sich sehr wohl auf diese vorbereiten und das ganze Schwergewicht auf die Arbeitslosigkeit legen. Die Kommission ist sich bewusst, dass das direkt gewählte Parlament um einiges extremer argumentieren wird, als dies bisher der Fall gewesen ist. Zudem ist sie der Meinung, dass sich das Parlament nicht massgebend mit den Problemen der Aussenbeziehungen befassen sollte (!).

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD



(Franz Blankart)